



Interviews

Datum: 07. September 2023

Hendrik Wüst (CDU), Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Ein ganzer Strauß an Themen und wir können jetzt im Einzelnen näher darüber sprechen mit einem, der an diesen Gesprächen in Brüssel teilnimmt. Ministerpräsident und Christdemokrat Hendrik Wüst ist jetzt am Telefon bei uns im Deutschlandfunk. – Schönen guten Morgen, Herr Wüst.

Hendrik Wüst: Schönen guten Morgen.

Schmidt-Mattern: All die Themen, die Peter Kapern gerade schon aufgelistet hat, die Sie in Brüssel ansprechen wollen, ob es da nun um die Wirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit Europas und Deutschlands oder auch um die Migration geht, all diese Themen will ja auch der deutsche Bundeskanzler jetzt angehen mit einem sogenannten Deutschlandpakt. Sie sagen dazu, ist ein reiner PR-Gag, und Sie fühlen sich „veräppelt“. Warum eigentlich, Herr Wüst?

Wüst: Wir nehmen den Kanzler gerne beim Wort, wenn er an den großen Themen arbeiten will. Wir haben im letzten Jahr schon zum Thema Deutschland-Tempo, schnellere Verfahren, schnellere Genehmigungen, Vorschläge der Länder gemacht, haben monatelang auf eine Antwort gewartet. Wenn er jetzt soweit ist, wenn er einschlägt, sind wir einverstanden. All die Themen, die er gestern benannt hat, sind ja in irgendwelchen Verfahren, Gesetzgebungsverfahren, Bundesratsverfahren oder im Austausch mit den Ministerpräsidenten gewesen oder sind es noch. Insofern war da nichts Neues bei. Wenn jetzt die Ampel soweit ist, der Kanzler soweit ist, dann machen wir mit!

Schmidt-Mattern: Sie nehmen das Angebot zur Mitarbeit an in diesem Deutschland-Pakt. Das halten wir hiermit fest. Sie haben aber beispielsweise beim Wirtschaftschancengesetz gesagt, da wollen wir wiederum nicht mitmachen, und das wäre ja gerade etwas, womit die Ampel die Wirtschaft in Deutschland wieder ans Laufen bringen kann. Warum sagen Sie dazu Nein?

Wüst: Wir müssen erst mal die Details sehen und wir müssen auch sehr genau schauen, ob dies das richtige Instrument ist. Wir haben vor allen Dingen ein Problem mit den hohen Energiepreisen. Das ist jetzt auch kein Wunder und man muss jetzt auch nicht immer Vorwürfe einander machen. Wir haben die richtige Entscheidung getroffen, den Krieg Putins gegen die Ukraine nicht weiter zu finanzieren, indem wir ihm sein Gas abkaufen. Das war eine richtige Entscheidung. Das hat die Bundesregierung auch richtiggemacht, da sind wir auch gut über den Winter gekommen.

Dass jetzt die Energiepreise hoch sind, ist aber das große Problem insbesondere für die industriestarken, energiestarken Unternehmen, insbesondere bei uns in Nordrhein-Westfalen. Da sehen wir Kapitalabflüsse in hohen Summen. Die Anlagen der Zukunft, die klimaneutral und modern sind, die werden gerade woanders gebaut. Da wird woanders investiert. Deswegen muss man nach meiner festen Überzeugung möglichst nah an der Ursache ansetzen. Das ist das Thema Stromsteuer für die einen, andere bezahlen sie schon gar nicht mehr, deswegen brauchen wir eine andere Antwort und sprechen dann auch über einen Industriestrompreis, über einen Brückenstrompreis für einige Jahre speziell für die Unternehmen, die in einem harten internationalen Wettbewerb stehen und Deutschland gerade verlassen.

Schmidt-Mattern: Da können Sie sich auf den Rückhalt aus Brüssel verlassen? Gibt es da ein Zeichen von Ursula von der Leyen, dass man da nicht etwa mit Wettbewerbsbedenken kommt, wenn Deutschland so einen Industriestrompreis, Subventionen einführen würde?

Wüst: In Brüssel weiß jeder, dass der Zustand der deutschen Wirtschaft ganz maßgeblich ist für den Zustand der europäischen Wirtschaft, der europäischen Stärke insgesamt. Natürlich ist das Thema Subventionen (und von nicht weniger sprechen wir da) immer ein Thema, das man unter Wettbewerbsgesichtspunkten auch in Brüssel besprechen muss, und deswegen sind wir hier. Wir sind uns einig, 16 Länder sind offen für diese Lösung, wollen diese Lösung, weil es aktuell keine bessere gibt, und das war auch Inhalt unserer sehr ernstesten Gespräche mit der EU-Kommissionspräsidentin und wir setzen diese Gespräche am heutigen Tag auch mit Kommissarinnen und Kommissaren fort.

Schmidt-Mattern: Das ist ganz klar, dass Sie alle 16 aus Deutschland das wollen. Aber noch mal die Frage: Haben Sie da eine feste Zusage von Ursula von der Leyen bekommen?

Wüst: Sie weiß sehr genau, warum wir das vortragen und wie wichtig das ist. Sie weiß auch, dass das an anderen Stellen vermutlich kritisch gesehen wird. Aber ihr ist völlig klar, dass es eine Lösung braucht, und in dem Sinne haben wir uns gestern ausgetauscht, ja.

Schmidt-Mattern: Aber wir halten fest: Keine feste Zusage. Jedenfalls habe ich das jetzt in Ihrer Antwort nicht wahrgenommen.

Wüst: Wissen Sie, es gibt ja bisher gar keine Anfrage. Keiner hat in Berlin bisher eine Einigung herbeigeführt. Der Bundeskanzler ist dagegen, die SPD ist dafür, da gibt es noch Einigung allein innerhalb der Partei. Dann gibt es eine Einigung in der Koalition, in der Ampel herbeizuführen, ein Konzept aufzuschreiben, zu was soll die EU-Kommission gerade Ja sagen. Sie hat noch nicht mal einen Antrag. Da gehen wertvolle Monate verloren und deswegen sind wir jetzt hier in Brüssel mit 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und machen auch in dieser Sache Druck.

Schmidt-Mattern: Zahlen aus Nordrhein-Westfalen, aus Ihrem Bundesland sagen, dass der Rückgang der Industrieproduktion innerhalb eines Jahres um rund 15 Prozent liegt. Wie macht sich das denn deutlich, wenn Sie mit Unternehmenschefs derzeit in Ihrem Bundesland telefonieren? Was sagen die Ihnen?

Wüst: Wenn ich mit den Unternehmenschefs, wenn ich mit den Gewerkschaften telefoniere, dann sagen die mir genau das, was Sie auch sagen mit der Zahl 15 Prozent. Das ist in einigen Branchen ein bisschen weniger, in anderen Branchen sogar höher. Die fahren nicht die volle Kapazität, die investieren gerade vor allen Dingen – und das ist besonders schmerzhaft – woanders.

Schmidt-Mattern: Wo?

Wüst: Wenn jemand investieren muss, dann wird in den USA investiert, dann wird in China investiert, und das ist das, was mich besonders schmerzt, weil die Anlagen der Zukunft nicht bei uns entstehen.

Schmidt-Mattern: Konnten Sie auch das in Brüssel vermitteln, dass sich konkrete Interessen der deutschen Industrie woanders hinrichten, nämlich nicht mehr nach Europa, sondern in die USA?

Wüst: Ja! Selbstverständlich konnten wir das vermitteln, weil Ursula von der Leyen als deutsche Kommissarin und Kommissionspräsidentin das auch weiß aus ihren Gesprächen mit

Unternehmen, mit Gewerkschaften. Insofern war da jetzt kein Informationstransfer nötig. Das Problem ist hier klar erkannt.

Schmidt-Mattern: Kommen wir noch mal auf die Migrationspolitik zu sprechen. Die ist Ihnen ja auch ein wichtiges Anliegen. Gerade in NRW sind viele Kommunen völlig überlastet. Wir kennen die Bilder, die uns an 2015/16 erinnern, von überfüllten Turnhallen. Haben Sie da in Brüssel offene Ohren gefunden? Haben Sie das Gefühl, dass in Brüssel überhaupt ein Bewusstsein da ist für die Nöte der Kommunen?

Wüst: Ja, hier ist schon ein Bewusstsein für das Problem. Man muss allerdings auch sehen, dass es an vielen Stellen in Europa nicht ein so heißes Problem ist wie bei uns. Trotzdem ist es ja richtig und gut, dass man an dem Thema hier arbeitet. Es gibt ja den Beschluss der europäischen Innenminister, eine gemeinsame europäische Asylpolitik umzusetzen mit Außengrenzverfahren und anderen Dingen, die uns auch helfen würden, die ein Einstieg wären in eine Lösung.

Schmidt-Mattern: Ein Einstieg! – Aber auch nicht mehr.

Wüst: Ja! – Wissen Sie, ich hätte auch gerne Lösungen über Nacht. Ich bin aber froh, wenn man hier einen Einstieg macht, zurückzukehren zu einer europäischen Asylpolitik. Entscheidend ist, dass die Bundesregierung bei diesem Thema hier auch Druck macht und die deutschen Interessen kraftvoll vertritt. Ich habe da gelegentlich Zweifel. Was Sie beschreiben ist absolut richtig. Die Länder haben enorme Probleme, Kapazitäten neu zu schaffen. Die Kommunen haben enorme Probleme. Allein nach Nordrhein-Westfalen kommen jeden Monat 4000, 5000, 6000 Menschen, zusätzlich zu denen, die schon da sind. Deswegen ist es wichtig, eine gemeinsame europäische Antwort zu geben. Es ist aber – das muss man ehrlich sagen – vor allen Dingen im deutschen Interesse und deswegen muss Deutschland hier auch entsprechend agieren. Wir tun das hier als Länder. Die Bundesregierung muss das bitte auch tun.

Schmidt-Mattern: Wenn wir beim Thema Migration sind, Herr Ministerpräsident, sind wir immer ganz schnell auch beim Thema Integration. Ihr Parteichef Friedrich Merz hat diese Woche auf dem Gillamoos in Bayern gesagt, nicht Kreuzberg ist Deutschland, Gillamoos ist Deutschland. Ist das eine Aussage, der Sie zustimmen?

Wüst: Natürlich ist beides Deutschland. Man hat allerdings schon oft den Eindruck, ...

Schmidt-Mattern: Friedrich Merz hat da nicht recht?

Wüst: Erstens ist das eine Bierzeltrede. Da spricht man pointierter. Es geht doch darum, dass die Themen der ländlichen Regionen nicht unter die Räder kommen. Aus der Berliner Sicht sind ländliche Regionen oft ziemlich weit weg und das empfinde ich ganz genauso. Wenn Mobilitätspolitik gemacht wird, wenn Wohnungsbaupolitik gemacht wird, dann wird sehr vieles in dieser Bundesregierung aus der Brille der Großstädte gesehen und das ist alles okay, wenn auch die ländlichen Regionen ihre Themen bringen können und daran gearbeitet wird. Ich glaube, darum ging es in etwas zugespitzter Form, wie das in Bierzeltreden aber auch nicht ganz unüblich ist. Ich war letztes Jahr in Gillamoos, habe da gesprochen. Das ist schon so, dass man da die Dinge schon mal ein bisschen überspitzt.

Schmidt-Mattern: Und dass das eventuell Menschen, die in Kreuzberg leben, trifft, solche Bierzeltreden, das nimmt die CDU in Kauf?

Wüst: Ich glaube, die Bierzeltreden anderer Parteien sind auch nicht viel anders.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.